H 8040 F
ISSN 1619-1404
28. Jahrgang
Nummer 164
Januar | Februar 2017
3,50 Euro

der rechte rand

magazin von und für antifaschistInnen

AfD Machtkampf

vor der Bundestagswahl

Unser Titelbild zeigt: Frauke Petry, noch Sprecherin der AfD …
Foto: Roland Geisheimer / attenzione

editorial & inhalt

Seite 3

Nazis

Dortmund 4
Wiederbelebungsversuch in Niedersachsen 6
Aus München für Deutschland 8

AfD

Machtkampf 10
Noch nicht abgeschrieben 12
»Wenn wir kommen, wird ausgemistet« 14
Alles »Klimaschwindel« 16
Multitalent 18

Braunzone

Gemeinsamer Nenner 20
»Widerstand« 22
La Rochelle 24
Aktivist wird Verleger 25
Im »geistigen GULAG« 26

kurz und bündig 28

International

Österreich nach der Präsidentenwahl 30
»Make America great again« 32

Rezensionen 34

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

am 20. Januar wurde der Republikaner Donald J. Trump als 45. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika vereidigt. Sein Erfolg beflügelt die Rechten – in den USA und ebenso in Europa. NS-Jargon wie »Lügenpresse« ist wieder en vogue und wird mittlerweile von neofaschistischen Trump-UnterstützerInnen zitiert; und Schuld am Erfolg von Trump und der Rechten sei laut WahlanalystInnen auch die ‹Linke›.
Im Duktus der »Alternative für Deutschland« also das »links-rot-grün verseuchte 68er-Deutschland«, gegen das nicht nur die Partei, sondern die gesamte Neue Rechte in ihren Machtübernahmephantasien eine konservative Revolution in Stellung bringen möchte. Sie wähnt sich als Retter von Abendland und Deutschtum; und steht nicht nur für völkischen Rassismus, sondern auch für patriarchale Familienpolitik und sozialdarwinistische Wirtschaftslogik. Ein kulturalistisch-nationaler Wahn, der Deutungen und VertreterInnen der früheren Rechten aus Kaiserreich und Weimarer Republik aufgreift und heute erneut populär macht. Scheinbar ganz unverfänglich deutsch also; wen stören da noch verklausulierte NS-Bezüge und Vernichtungsphantasien, die ungehemmt öffentlich herausposaunt werden?
Trotz aller inszenierten oder machtgeleiteten Flügelkämpfe in der »Alternative für Deutschland«: In ihrer Gesamtheit versammelt sie mehrere Teile des rechten Rands – darunter auch christliche FundamentalistInnen und Erzkonservative, KlimaskeptikerInnen, AnhängerInnen von Verschwörungstheorien, SteuerkritikerInnen oder neoliberale FamilienunternehmerInnen. Sollte man angesichts dessen nicht viel eher vom heterogenen Projekt eines neofaschistischen Konservatismus sprechen? Neurechte Strategen wie Björn Höcke, Götz Kubitschek, Jürgen Elsässer und Co. reiben sich in Hinblick auf die 2017 anstehenden Landtags- und Bundestagswahlen zumindest schon die Hände.
In ganz Europa geben ReaktionärInnen gegenwärtig den Takt vor. Sei es der durchgesetzte »Brexit«, die nur knapp von der FPÖ verlorene Bundespräsidentenwahl in Österreich oder die Wahl eines neoliberalen Gewerkschaftsfeindes zum Präsidentschaftskandidaten der französischen Konservativen. Die konservativen Lager kopieren immer mehr Versatzstücke der extremen Rechte und befeuern damit eine politische und gesellschaftliche Diskursverschiebung. Letztere kommen so in die luxuriöse Lage aus der Opposition Regierungspolitik zu machen. Die Reaktion marschiert auf den Straßen und sitzt in immer mehr Parlamenten. Was heißt das für uns? Wir werden dagegenhalten mit Recherche, Aufklärung und Solidarität.

Freifahrschein für Hetze

Das Bundesverfassungsgericht ermöglicht der »Nationaldemokratischen Partei Deutschlands« den Fortbestand – ein Freifahrschein für Neonazis.

von Ernst Kovahl

»Sieg!!!!!« twitterte die NPD kurz nach 10 Uhr. Da hatte gerade das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe seine Entscheidung verkündet, die Neonazi-Partei nicht zu verbieten. Für die Partei waren ihr Vorsitzender Frank Franz sowie die stellvertretenden Vorsitzenden Stefan Köster und Ronny Zasowk sowie Bundesschatzmeister Andreas Storr vor den VerfassungsrichterInnen in ihren roten Roben erschienen. Am Abend vor der Verkündung des Urteils gab sich Franz siegessicher: »Wenn jemand verboten gehört, dann die Volksverräter der Altparteien!«

»Wesensverwandtschaft« mit dem NS

Im Dezember 2012 beschloss der Bundesrat, ein Verbot der NPD anzugehen. Ein Jahr später reichte die Länderkammer ihren Antrag ein, die NPD und ihre Unterorganisationen »Junge Nationaldemokraten«, »Ring Nationaler Frauen« und die »Kommunalpolitische Vereinigung« als verfassungswidrig einzustufen, aufzulösen, ihr Vermögen zu beschlagnahmen und die Gründung von Ersatzorganisationen zu untersagen. Vom 1. bis 3. März 2016 hatte das Gericht öffentlich verhandelt und sich in den Monaten danach ein Urteil gebildet. Der zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hat in seiner Entscheidung zwei Argumentationen abgewogen. Auf der einen Seite attestieren die RichterInnen der NPD, offen verfassungsfeindlich und rassistisch zu sein und eine deutliche »Wesensverwandtschaft« mit dem historischen Nationalsozialismus zu haben. Die Partei arbeite »planvoll und mit hinreichender Intensität auf die Erreichung ihrer gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Ziele hin«. Sie wolle die liberale Demokratie durch »einen an der ethnisch definierten ‹Volksgemeinschaft› ausgerichteten autoritären Nationalstaat ersetzen«. Ihre Politik missachte die Menschenwürde und sei »mit dem Demokratieprinzip unvereinbar«. Durch Übergriffe und Gewalt entstünden »punktuell« auch Anlässe für »Besorgnis«. Seitenweise listet die Urteilsbegründung entsprechende Gründe auf. Aber – und das war für das Urteil ausschlaggebend – es gehe auf der anderen Seite von der NPD keine reale Gefahr für den Staat aus: »Allerdings fehlt es (derzeit) an konkreten Anhaltspunkten von Gewicht, die es möglich erscheinen lassen, dass dieses Handeln zum Erfolg führt«. Die Ziele allein reichten nicht für ein Verbot. Die Partei habe nur einen Europaparlamentarier und nur etwa 350 Kommunalabgeordnete, einen niedrigen Organisationsgrad und stagniere bei Wahlen. Sie sitze derzeit in keinem Landtag und habe keine Aussicht, in eine Regierungskoalition einzusteigen. Auch durch ihre Beteiligung am politischen Willensbildungsprozess in der Gesellschaft könne sie ihre Ziele nicht realisieren.

Untote Partei

Unbestritten, die NPD war zuletzt nicht mehr gut in Schuss. Der Erfolg der »Alternative für Deutschland« (AfD) war der fehlende Sargnagel für die Wahlpartei NPD. Kurzfristig hat sie keine Chance mehr. Aber noch immer verfügt sie über eine stärkere Präsenz in Kommunalparlamenten, besser ausgebaute Strukturen und ein eingespielteres Netz alter und junger Neonazis als ihre Konkurrenz (»Die Rechte«, »Der III. Weg«). Anders als die AfD ist die NPD über Jahrzehnte und im Kampf gegen politische Widrigkeiten ideologisch und im Zusammenhalt gefestigt. Durch ihre jüngsten Wahlergebnisse erhält sie zwar geringere, aber weiterhin relevante Wahlkampfkostenrückerstattung vom Staat und nutzt das Parteienprivileg als juristischen Schutzschild. Falls die elektorale, aber nicht programmatische Hauptkonkurrenz der NPD, die AfD, in absehbarer Zeit scheitern sollte und die neonazistische Konkurrenz der Kleinstparteien sich nicht zu einer relevanten Wahlpartei entwickeln kann, dann wird die NPD mit ihren prekären, aber seit 52 Jahren existierenden und routinierten Strukturen im Wartestand wieder da sein. Genau wie in den 1990er Jahren, als eine Bewegung auf den Straßen und in verbotenen Vereinsstrukturen eine neue Organisation brauchte. Zeitweise war es der NPD gelungen, eine erfolgreiche Bewegungs- und Wahlpartei zu sein. Diese Funktionen hat sie verloren. Aber der stabile Kern der NPD, der die Partei als völkische und nationalsozialistische Gesinnungspartei versteht, wird die Organisation unbeeindruckt von Wahlerfolgen oder Wahlniederlagen und unbeeindruckt von gesellschaftlichem Wandel durch die Zeit bringen. Der Partei ging es im Kern nie um ihre Funktion als Wahlpartei. Ihr Ziel ist es, eine legale Plattform für neo-nationalsozialistische Politik zu erhalten.

Freifahrschein erster Klasse

Die Kommentierung der Entscheidung war reich an Bizarrem. So wurden in seriösen Medien ehemalige hochrangige Neonazi-Kader, wie Holger Apfel und Andreas Molau, als Kronzeugen zur Nutzlosigkeit eines Verbotes aufgeboten. Und in der »Tageszeitung« hielt man das Urteil für »richtig« und ein »starkes Zeichen«. Gar einen »Sieg für den Rechtsstaat und die freie Meinungsäußerung« sah »Human Rights Watch«. Führen wir diese Argumentation einmal fort, müsste nun auch zur Förderung von Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit der Paragraf 86a des Strafgesetzbuches geschliffen werden. Eine Gefahr für den Staat dürfte davon kaum ausgehen, denn es wollen ja vermutlich nur sehr wenige Menschen den »Hitler-Gruß« öffentlich zeigen.

In der NPD und den anderen Neonazi-Parteien wird das Urteil richtig verstanden: Uns kann keiner was! Karlsruhe hat einen Freifahrschein erster Klasse für die Verbreitung von Antisemitismus, rassistische Hetze, Vorbereitungen zur Abschaffung der Demokratie und die Verherrlichung des NS ausgestellt.

Wiederbelebungsversuch in Niedersachsen

Viele Jahre ist die rechte Szene im Landkreis Göttingen und der Region Südniedersachsen nicht öffentlich in Erscheinung getreten – bis Ende 2015.

von Marian Ramaswamy

Der »Freundeskreis Thüringen/Niedersachsen« (FKTN) tritt seit Ende Oktober 2015 in Erscheinung. Nach ersten gemeinsamen Teilnahmen an Aufmärschen der »Alternative für Deutschland« (AfD) in Erfurt und der NPD Eichsfeld in Heiligenstadt mobilisierte der »Freundeskreis« selbst ab November 2015 zu ersten Kundgebungen im niedersächsischen Duderstadt. Der Organisationskreis setzte sich, bis zum Ende 2015, aus Mitgliedern der AfD-Göttingen und Northeim, der NPD-Göttingen sowie rechten Burschenschaftlern, Rockern und Hooligans zusammen. Gemeinsam konnten zu Beginn zwischen 60 und 120 TeilnehmerInnen mobilisiert werden. Anmelder der ersten Kundgebungen war Lars Steinke, Vorsitzender der »Jungen Alternative« (JA) Braunschweig, der auch auf den Kundgebungen spricht. Die unter dem Motto »Freiheitlicher Bürgertreff« angemeldeten Veranstaltungen wurden schnell zu einem Anlaufpunkt für die Region. Die zunehmende Teilnahme von Neonazis aus dem Umfeld der »Kameradschaft Northeim« führte aber zu Streit innerhalb der »Alternative für Deutschland«. Während Steinke die Teilnehmenden als »besorgte Bürger« bezeichnete, sprach Maik Schmitz, Vorsitzender der AfD-Northeim davon, dass es sich »offensichtlich um Angehörige der rechten bis rechtsextremen Hooligan-Szene« handle. Nachdem Steinke seine Anmeldung für den FKTN nicht zurückzog und auch der eingeforderten Distanzierung nicht nachkam, wurde er als Redner vom Neujahrsempfang der AfD-Northeim ausgeladen. Erst einen Monat später ließ er, nach Ausschlussdrohungen durch den Landesvorsitzenden der AfD-Niedersachsen, Paul Armin Hampel, seine Anmeldungen ruhen. Die übernahm nun der ehemalige Burschenschaftler Jan Philipp Jaenecke aus Göttingen, der zusammen mit Steinke auf der Liste der »Jungen Alternativen Hochschulgruppe Göttingen« für das Studierendenparlament 2015/2016 kandidierte.

»Kundgebungsmarathon«

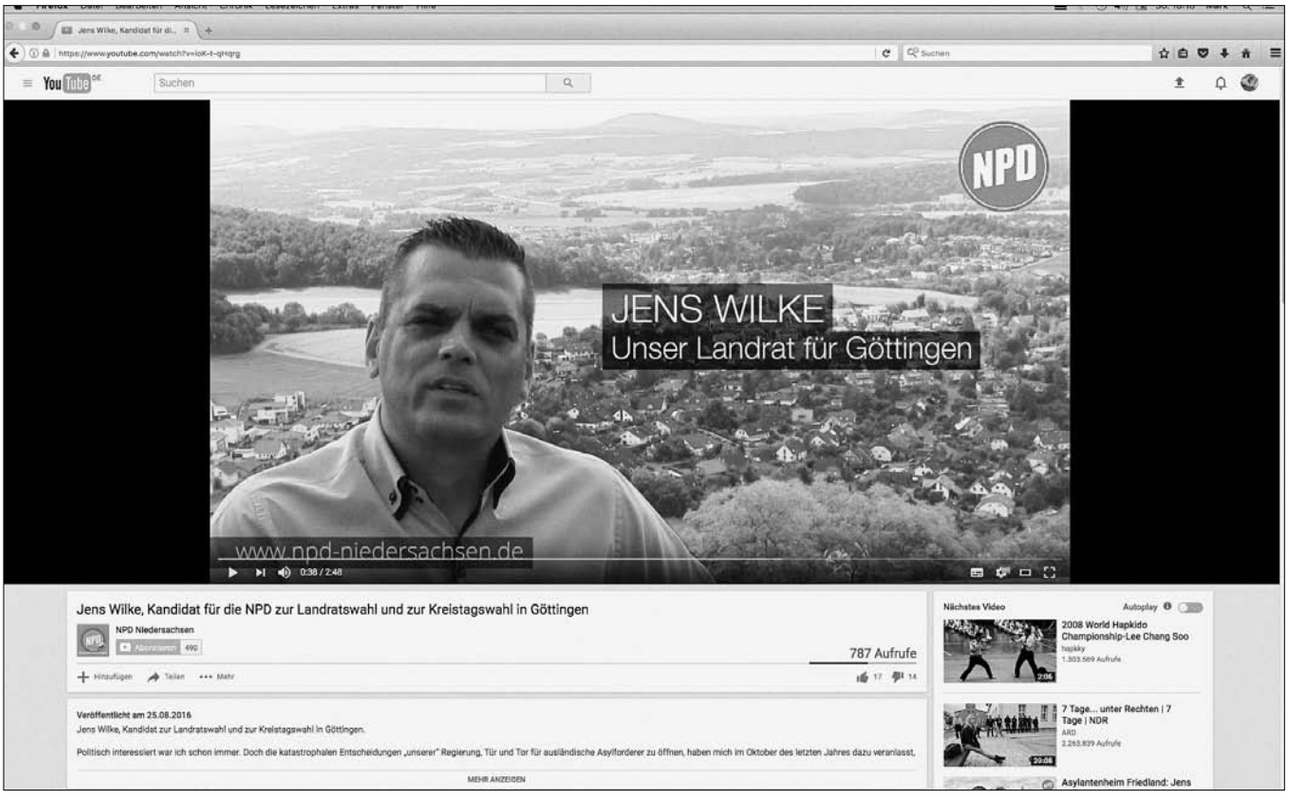
Der Rückzug der AfD hat auf die Organisationsstruktur des »Freundeskreises« kaum Auswirkungen, da die maßgeblichen Aufgaben fest in der Hand organisierter Neonazis aus der NPD-Göttingen oder dem Umfeld der »Kameradschaft Northeim« liegen. Anfang 2016 startete dann ihr sogenannter »Kundgebungsmarathon« durch Lindau, Northeim, Duderstadt und schloss Mitte März in Heiligenstadt. Eine Aktions-Strategie, die die »Freien Kameradschaften« bereits Ende der 1990er Jahre praktizierten. Mit der Versammlung in Lindau trat auch die NPD offen als Unterstützerin des FKTN auf, sodann auch folgerichtig als Redner der Heiligenstädter Stadtratsabgeordnete der NPD, Mathias Fiedler – später folgte der »Kameradschaftsführer« und NPD-Kreistagsabgeordnete Thorsten Heise. In Northeim präsentierte sich für die Organisation eine »Sektion Northeim« des FKTN, die in erster Linie aus einer jungen Generation aus dem Umfeld der »Kameradschaft Northeim« stammt und bisher unter dem Label »AG Rhumetal« auftrat. NPD-Nachwuchspolitiker Gianluca Bruno war sowohl Anmelder als auch Redner. Die als Großevent angekündigte erste Kundgebung in Bad Lauterberg Anfang März 2016, konnte etwa 100 TeilnehmerInnen mobilisieren. Unterstützt wurden sie dabei von der Partei »Die Rechte« aus Dortmund, der »Aktionsgruppe Hannover« und Neonazis aus Nordhessen. Auch in Lindau und in Northeim blieb die Anzahl der TeilnehmerInnen so gering, dass der »Kundgebungsmarathon« schon nach etwa zwei Monaten wieder eingestellt wurde.

Der »Freundeskreis« setzte mit seinen insgesamt über 40 Kundgebungen im Landkreis vor allem auf die Vernetzung verschiedener EinzelkämpferInnen, die er mit seinen Aktionen einzusammeln versuchte. Auch wenn sich die meisten nicht über längere Zeit beteiligten, wurde so ein aktives Umfeld von UnterstützerInnen geschaffen, dass sich strukturell und finanziell vernetzte und bei Bedarf aktiviert werden kann.

Wahlkampf für die NPD

Zur niedersächsischen Kommunalwahl am 11. September 2016 entbrannte im Umfeld des FKTN ein Streit um die Frage, welcher Partei man verbunden sei. Trotz der Tatsache, dass sich Mitglieder der AfD weiter im Umfeld des »Freundeskreises« bewegten und auch an den Kundgebungen teilnahmen, verkündete er Ende Mai auf der Liste der NPD im Kreis Göttingen/Osterode, Northeim und Einbeck anzutreten. Der NPD-Unterbezirk Göttingen, der zuvor nur noch mehr oder weniger auf dem Papier existierte, verfügte damit über KandidatInnen in allen Wahlbezirken in Göttingen. Mit dem Wahlantritt für die NPD veränderte der FKTN sein strategisches Vorgehen und wechselte von kleinen Kundgebungen im Umland zu Aktionen, die in erster Linie auf Provokation setzten. Dabei versuchten sie in Göttingen mehrfach direkt vor oder in der Nähe linker Zentren Aktionen durchzuführen, was teils massive Gegenwehr auslöste. Beim Flyer-Verteilen oder Fahrten mit einem Lautsprecherwagen im August und September 2016 durch die Stadt traten sie mehrfach bewaffnet mit Reizgas, Holzknüppeln und Eisenstangen in Erscheinung. Dabei kam es zu auch zu Auseinandersetzungen mit der lokalen Antifa.

Einen Tag vor der Wahl verkündete Thorsten Heise auf der Kundgebung zum Wahlkampfabschluss der NPD am Göttinger Bahnhof noch, dass er mindestens ein, eher zwei Mandate im Göttinger Kreistag erwarte. Das Ergebnis fiel aber deutlich schlechter aus: Mit 0,8 Prozent (3.143 Stimmen) verpasste sie den Einzug in den Göttinger Kreistag. Da die AfD bei den Landratswahlen keine eigenen KandidatInnen nominierte, erhielt der NPD-Kandidat Jens Wilke immerhin 2,6 Prozent (3.667) der Stimmen und landete damit vor dem Kandidaten der AfD-Abspaltung »Allianz für Fortschritt und Aufbruch« (seit November 2016 »Liberal-Konservative Reformer«). Lediglich in Bad Lauterberg schaffte es die NPD mit Michael Triebel ein Mandat im Gemeinderat mit 3,4 Prozent (513 Stimmen) zu halten.



^ *Screenshot des YouTube-Kanal der NPD Niedersachsen*

Netzwerkbemühungen

Nach der Wahlniederlage rief der FKTN wiederholt zu Aufmärschen in Duderstadt auf. Hier gelang es ihm abermals kaum, TeilnehmerInnen zu mobilisieren. Nach einem Aufmarsch am 12. November 2016 — mit lediglich 17 Beteiligten – fuhr eine Gruppe von fünf Neonazis, unter ihnen der NPD-Landratskandidat Jens Wilke, durch Göttingen und bedrohte einen Lokalpolitiker der Partei »Die Piraten« durch eine Megaphondurchsage vor seinem Wohnhaus. Danach kam es zu einem bewaffneten Angriff auf zwei AntifaschistInnen, bei dem auf eine am Boden liegende Person mit einer Eisenkette eingeschlagen und diese dabei schwer verletzt wurde. Gleichzeitig ist man bestrebt, sich auszudehnen. Seit August 2016 präsentiert sich die »Aktionsgruppe Nienburg/Weser« um den Neonazi Christopher Siedler als sogenannte »Sektion Nienburg/Weser« des »Freundeskreises«. Schon zuvor unterstützten Nienburger Neonazis mehrfach Kundgebungen in Göttingen und Adelebsen. Eine Woche nach dem Kleinstaufmarsch in Duderstadt wurde dann zu einem ersten Aufmarsch in Nienburg mobilisiert. Trotz landesweitem Aufruf kamen nur knapp 50 Neonazis aus Verden, Wilhelmshaven, Braunschweig, Hannover, Burgdorf und Nienburg zusammen.

Unterstützung bekommen die Niedersachsen von den mittlerweile zusammengewachsenen Kampagnen »Thügida« und »Wir lieben Sachsen«. So unterstützten die beiden Frontmänner David Köckert aus Greiz und Alexander Kurth mit dem als »Thügida-Mobil« bekannten Lautsprecherwagen Aktionen des FKTN. Nach der Wahlniederlage bei der Kommunalwahl beteiligte sich der »Freundeskreis« an einer »Thügida«-Kampagne, die sich das Sammeln von Spenden und deren öffentlichkeitswirksame Verteilung an Bedürftige auf die Fahnen geschrieben hat: »Ein Volk hilft sich selbst«.

Die angekündigte Gründung eines eigenen Vereins mit dem Namen »Familie – Heimat – Zukunft e. V.« wurde nicht umgesetzt. Orientierung fand der »Freundeskreis« bei dem neu gegründeten Verein »Thügida und Wir lieben Sachsen e. V.«. Der NPDler Jens Wilke, bei dem die vorherige Organisation der Aktionen im Raum Göttingen lag, wurde im November 2016 als Beisitzer in den Vorstand gewählt. Auch trat er vermehrt als Redner auf »Thügida«-Veranstaltungen auf. Die erhoffte Unterstützung des FKTN durch das rechte Netzwerk »Ein Prozent«, um den neu-rechten Verleger Götz Kubitschek, Jürgen Elsässer vom Magazin »Compact« und Martin Sellner von der »Identitären Bewegung« trat indes nicht ein. Mitglieder des FKTN nahmen an einem Treffen von »Ein Prozent« teil, und in einem Newsletter wird der »Freundeskreis« mit seinen Kundgebungen in Duderstadt als »erster Unterstützer-Protest in Westdeutschland« bezeichnet. Aber die mehrfachen Ankündigungen des »Freundeskreises«, dass »prominente« SprecherInnen der Kampagne zur Unterstützung kommen würden, erfüllten sich nicht.

Eine Klammer ohne Resonanz

Das ursprüngliche Ziel, eine Sammelbewegung zu werden, die auch für eine bürgerliche Rechte ansprechend sein sollte, hat der »Freundeskreis« verfehlt. Zwar konnten diverse politische Differenzen, vor allem zwischen AfD- und NPD-UnterstützerInnen, aber auch zwischen der Partei »Die Rechte« und den »Freien Kameradschaften«, temporär beiseite gelegt werden, die erhoffte Klammerfunktion konnte man indes nicht übernehmen. Trotz mancher Teilerfolge kamen die Neonazis aus Südniedersachsen, bedingt durch die dünne Personaldecke, rasch an ihre Grenzen. Dies versuchten sie durch einen Ortswechsel nach Nienburg oder eine Beteiligung an den »Thügida«-Aktionen in Thüringen zu kompensieren – wohl in der Hoffnung, dort frische Kräfte zu aktivieren. Es fehlt in Niedersachsen aber ein Resonanzboden wie in Thüringen, um ein reales Eingreifen in die politische Wirklichkeit zu ermöglichen.

Noch nicht abgeschrieben: Die AfD und die Wirtschaft

Die als europakritische Partei gestartete »Alternative für Deutschland« setzt seit der Abspaltung von Bernd Lucke und Co. erfolgreich auf die völkische Karte. Das nationalistische Getöse lenkt den Blick von der Positionierung der Partei in anderen politischen Feldern ab.

von Sebastian Friedrich

Die »Alternative für Deutschland« (AfD) präsentiert sich gerne als Partei der »kleinen Leute«, als Anwältin derjenigen, die in dieser Gesellschaft ökonomisch das Nachsehen haben. Doch entgegen diesen Verlautbarungen orientieren sich Frauke Petry, Jörg Meuthen und Co. programmatisch an den Forderungen von Teilen der Wirtschaft. So vertritt die AfD ein im Kern neoliberales Wirtschafts- und Sozialprogramm, spricht sich etwa für Liberalisierungen, Deregulierungen und für Steuererleichterungen für Besserverdienende aus.

Es ist allerdings eine bestimmte Kapitalfraktion, auf die die AfD schielt. Während das exportorientierte Industriekapital wie das Finanzkapital den Aufstieg der Rechten mit Sorge sieht, bekommt die AfD von jenen Unterstützung, die sich im Zuge der Eurokrise aus dem gemeinsamen Block des Kapitals zu lösen begannen: Unternehmen, die eher auf lokale und regionale Absatzmärkte orientiert sind und einer Vertiefung der europäischen Integration in wirtschaftlicher Hinsicht ablehnend gegenüberstehen.

Organisiert sind diese Unternehmen etwa im Verband »Die Familienunternehmer«. Ihm gehören 5.000 Personen an, deren Betriebe eigentümergeführt sind und etwa 1,7 Millionen Beschäftigte haben; nur einige wenige sind international agierende Unternehmen. Nach eigenem Bekunden repräsentiert der Verband die Interessen von 180.000 Familienunternehmen in Deutschland, die acht Millionen Menschen beschäftigen. Voraussetzung für die Mitgliedschaft sind unter anderem mindestens zehn abhängig Beschäftigte und ein Jahresumsatz von über einer Million Euro. Für die »Rosa Luxemburg Stiftung« untersuchten Frederic Heine und Thomas Sablowski im Jahr 2013 die »Europapolitik des deutschen Machtblocks und ihre Widersprüche«. Grundlage ihrer Analyse waren Positionspapiere und Pressemitteilungen von Wirtschaftsverbänden zur Krisenpolitik. Ein Verband stach bei der Analyse heraus: »Die Familienunternehmer«. Es war der einzige Verband, der sich während der Eurokrise grundsätzlich gegen die Eurorettungspolitik der damaligen Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP gestellt hatte. Außerdem forderte er den Ausschluss Griechenlands aus der Eurozone. Überdies verlangte er der Studie zufolge »eine weitere Verschärfung der fiskalpolitischen Maßnahmen«, wendete sich gegen »jede Form von wirtschaftspolitischer Europäisierung« und bediente sich »einer zum Teil rechtspopulistischen Rhetorik«. Heine und Sablowski resümierten, dass die national-konservativen und orthodox-neoliberalen Kräfte aus den Kreisen der FamilienunternehmerInnen in der AfD ihren parteipolitischen Ausdruck gefunden haben.

Besonders in der Anfangszeit der AfD war der Kontakt zwischen dem Familienunternehmerverband und der Partei eng. Ein Beispiel: Anfang Mai 2014, kurz vor den Wahlen zum Europaparlament, hielt der Verband ein großes Treffen in Dresden ab; prominenter Redner war der damalige AfD-Bundesvorsitzende Bernd Lucke, der zu Beginn des zweiten Tages – zur besten Zeit also – eine Stunde lang seine Euro- und Europakonzepte vorstellen durfte. Keine andere Institution ging mit der AfD so früh auf Tuchfühlung; anlässlich der Einladung erklärte der Hauptgeschäftsführer des Verbandes, Albrecht von der Hagen: »Damit zeigen wir, wie unzufrieden wir mit der jetzigen Bundesregierung sind« und fuhr fort: »Viele Fragen der AfD sind auch unsere Fragen«.

Doch die Liaison währte nicht lange. Ein Jahr später, beim »Familienunternehmertag« im April 2015, kamen alle Parteien in Panels zu Wort – alle bis zu auf zwei: »Die LINKE« und die AfD. Lutz Goebel, der Präsident des Verbandes »Die Familienunternehmer«, äußert sich seit etwa zwei Jahren regelmäßig scharf ablehnend, wenn es um die AfD geht. So bereits im September 2014 in einem Interview mit der Zeitung »Der Tagesspiegel«. Zwar wiederholte er die Auffassung seines Hauptgeschäftsführers von der Hagen, die AfD stelle die richtigen Fragen. Aber: Sie »gibt aber die falschen Antworten«.

Woher dieser Kurswechsel? Erstens dürfte die AfD vielen im Verband schlicht zu rechts geworden sein, insbesondere nach der Abspaltung der Lucke-Fraktion. Die anfängliche Hoffnung, mittels der AfD Druck auf die CDU/CSU und die FDP aufbauen zu können, zerschlug sich mit der zunehmenden Öffnung der AfD in Richtung völkischer Kreise. Vor allem die eher gemäßigten Kräfte im Verband haben von dieser Strategie abgelassen. Zweitens sind im Verband sehr unterschiedliche Interessen vertreten – einige der sogenannten Familienunternehmen, besonders in Süddeutschland, sind direkt auf den Markt außerhalb Deutschlands angewiesen – oder mittelbar, wenn sie etwa Zulieferer für die Autoindustrie sind. Eine Abschaffung des Euro oder ein Austritt aus der EU sind nicht in ihrem Sinne. Drittens dürften selbst die Teile, die der AfD wohlgesonnen sind und die Partei auch gerne offen unterstützen würden, nicht an einer Spaltung des Verbands interessiert sein. Um zu verhindern, dass sich zwei nebeneinander existierende Lobbyorganisationen gegenseitig schwächen, befinden sie sich aufgrund ungünstiger Kräfteverhältnisse innerhalb des Verbands in der Defensive.

Doch es irrt, wer glaubt, die Kontakte zwischen den reaktionären Teilen des Familienunternehmerverbands und der AfD seien gänzlich abgebrochen. Die »Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft« und die mit dieser eng kooperierende »Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft« wirken hierbei als integrierende Klammer. Die als Verein organisierte Gesellschaft sowie die Stiftung setzen sich für die Förderung marktradikaler Ideen im Sinne des neoliberalen Vordenkers Hayek ein.

Eine zentrale Figur ist hier Gerd Habermann. Als Geschäftsführer der »Hayek-Gesellschaft« engagiert er sich vor allem für den Aufbau von Gesprächskreisen, den sogenannten »Hayek-Clubs«. Die Liste der Gäste verdeutlicht, in welchem Spektrum die »Hayek-Clubs« angesiedelt sind. Eingeladen wurden neben Thilo Sarrazin und Henryk M. Broder auch mal ein Verfassungsschützer, konservative JournalistInnen und marktfundamentalistische FDP-PolitikerInnen. Ebenso stehen AfD-Mitglieder wie Beatrix von Storch immer wieder auf der RednerInnenliste – in ihrem Fall wenig verwunderlich, ist sie doch Mitglied der Gesellschaft. Allerdings versuchen Teile der »Hayek-Gesellschaft« die AfD-Politikerin loszuwerden – bisher vergeblich, auch weil der rechte Flügel einflussreich ist. So ist Habermann laut der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung dagegen, dass Storch die Hayek-Gesellschaft verlässt. Neben von Storch gibt es noch weitere personelle Überschneidungen: Carlo Clemens, der Kölner Vorsitzende der »Jungen Alternative«, ist gemeinsam mit Mirko Wilde Leiter des örtlichen »Hayek-Clubs«.

In die »Hayek-Gesellschaft« finden nicht nur Mitglieder der AfD, sondern auch Funktionäre der »Familienunternehmer«. Auch hier ist Habermann zentral: Bis Oktober 2010 war er Direktor des Verbands. Ebenso sind mit Peer-Robin Paulus und Frank Schäffler einflussreiche Akteure des Familienunternehmerverbands sowohl in der »Hayek-Gesellschaft« als auch in einflussreichen Positionen im Verband aktiv. Paulus leitet die Abteilung Politik und Wirtschaft des Familienunternehmerverbands, der ehemalige Bundestagsabgeordnete Schäffler (FDP) ist Mitglied des Strategischen Beirats des Verbands.

Es gibt also durchaus ein Potenzial bei UnternehmerInnen, die Nähe der AfD zu suchen oder sie gar zu unterstützen, auch wenn diese UnternehmerInnen in ihren Kapitalverbänden derzeit nicht dominieren. Aber Bewegung ist überall: Im Juli 2015 spaltete sich nicht nur die AfD, sondern auch die »Hayek-Gesellschaft«. Namhafte Mitglieder wie der FDP-Chef Christian Lindner und die Publizistin Karen Horn traten aus Protest gegen die zunehmende Rechtsverschiebung der Gesellschaft aus. Horn war zu diesem Zeitpunkt Vorsitzende der Gesellschaft und lastete die Rechtsentwicklung Habermann an. Der Einfluss der »Familienunternehmer« in der Hayek-Gesellschaft hat seitdem zugenommen.

Nicht nur die reaktionären Teile des Familienunternehmerverbands befinden sich mit der AfD im Austausch. Zwar ist nicht zu bestreiten, dass einige Unternehmer wie Hans Wall, Firmengründer der »Wall AG«, oder wie der ehemalige Chef des »Bundesverbandes der deutschen Industrie«, Heinrich Weiss, die AfD nach der Spaltung in Richtung der wiedererstarkten FDP oder Luckes neuer Partei »Allianz für Fortschritt und Aufbruch« verlassen haben. Aber es sind eben auch UnternehmerInnen geblieben und häufig auf kommunaler Ebene aktiv. Ein Beispiel: Klaus-Dieter Geyer, Kreistagsabgeordneter im Vogtlandkreis. Dort hat auch sein Unternehmen für Maschinen- und Werkzeugbau seinen Sitz. Er unterstützt die AfD, weil sie die Steuerlast des Mittelstandes senken will. Laut der Zeitschrift »WirtschaftsWoche« ist die Mitgliederzahl des AfD-Mittelstandsforums seit Juli 2015 stabil geblieben. Nach der Spaltung hatten sich Frauke Petry und das Mittelstandsforum mittels einer gemeinsamen Erklärung um den Verbleib der UnternehmerInnen bemüht: »Die Wiederherstellung der patriotisch/konservativen Ausrichtung der AfD-Partei geht nicht zu Lasten wirtschaftsliberaler Positionen, weil sie komplementär zu ihnen erfolgt.«

Die AfD umgarnt eine weitere Gruppe der Kapitalseite: das Immobilienkapital. Das zeigt das Beispiel Berlin, wo die Themen Wohnen und Miete wichtige Themen im Wahlkampf zur Abgeordnetenhauswahl 2016 waren. Im Wahlprogramm spricht sich die AfD gegen die Mietpreisbremse, für mehr Eigenverantwortung und marktwirtschaftliche Anreize, niedrigere Steuern und weniger Bürokratie aus, um auf diese Weise mehr Wohnraum zu schaffen. Philipp Möller von der »Berliner Mietergemeinschaft« erkennt in dem Wahlprogramm eher Strategien zur Förderung des Kapitals, zur Ausweitung des Marktes und den Rückzug aus staatlicher Regulierung. »Das ist ein sehr neoliberales und unsoziales Profil, das sogar das der CDU noch übertrifft«, so Möller im Interview. Die weiteren Punkte verdeutlichen, dass hier Interessen des Immobilienkapitals vertreten werden; so möchte die AfD die Grunderwerbssteuer von 6 Prozent auf 3,5 Prozent senken, was zu einer Zunahme von Immobilienspekulationen führen würde.

Möller verwundert es nicht, dass einige KandidatInnen, die aus der Immobilienbranche stammen, für die AfD ins Abgeordnetenhaus eingezogen sind. Frank-Christian Hansel etwa war von 2002 bis 2012 Geschäftsführer für den deutschen Markt der spanischen Immobilien-AG »Metrovacesa«, die sich vor allem auf Luxuswohnungen spezialisiert hat. Kristin Brinker war nach ihrer Tätigkeit beim »Bund der Steuerzahler« ebenfalls in der Immobilienbranche und im Immobilienmanagement tätig. Auf der Ebene der einzelnen Bezirke Berlins gibt es Möller zufolge etwa ein halbes Dutzend weiterer Beispiele von AfD-PolitikerInnen, die eng mit dem Immobilienkapital verbandelt sind. »Es besteht die reale Gefahr, dass sich Teile des Immobilienkapitals mit rechten Kräften verbünden«, so Möller. Die AfD ist also nicht nur offen für UnternehmerInnen, sondern weiß sehr genau, dass sie deren Interessen berücksichtigen muss, um sich mittelfristig zu konsolidieren. Es ist davon auszugehen, dass sich die bestehenden Verbindungen verfestigen und sich auch UnternehmerInnen offen zur AfD bekennen werden, so der bereits begonnene Normalisierungsprozess der AfD weiter voranschreitet. Die AfD ist als rechte Alternative zu Union und FDP für Teile der Wirtschaft noch längst nicht abgeschrieben.

Demo gegen Vielfalt

Am 30. Oktober 2016 demonstrierte die erzkonservative Protestbewegung »Demo für Alle« in Wiesbaden gegen den neuen hessischen »Lehrplan zur Sexualerziehung«. Erschienen waren auch VertreterInnen der gesamten Rechten aus Hessen und den angrenzenden Bundesländern.

von Antje Wagner und Stefan Schneider

^ *Aufmarsch gegen Feminismus und Fortschritt im Oktober 2016*

Ein im September 2016 von der schwarz-grünen Landesregierung in Hessen beschlossener »Lehrplan zur Sexualerziehung an den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen« sieht vor, Akzeptanz gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intersexuellen Menschen zu vermitteln. Damit setzt der Lehrplan Vorgaben des schwarz-grünen Koalitionsvertrags um. Schüler-, Lehrer- und KirchenvertreterInnen stimmten dem neuen Plan zu. Der Landeselternbeirat verweigerte jedoch seine Zustimmung. Er stieß sich an der Formulierung, dass den unterschiedlichen Lebensformen und Geschlechtern »Akzeptanz« entgegengebracht werden müsse. Das ging der Mehrheit der gewählten ElternvertreterInnen zu weit: »Toleranz« müsse ausreichen. Trotz dieser Kritik entschied sich die Landesregierung zur Umsetzung des Lehrplans.
Das Aktionsbündnis »Demo für Alle« (DfA) versuchte diese Auseinandersetzung in ihrem Sinne zu nutzen und meldete in der hessischen Landeshauptstadt eine Demonstration an. Seit 2014 ruft die homosexuellenfeindliche Bewegung zu Demonstrationen auf. In der Vergangenheit folgten ihren Aufrufen zu Demonstrationen in Stuttgart, München und Hannover zwischen mehreren hundert bis zu 4.000 Menschen.

Aktionsbündnis der Erzkonservativen

Hinter dem Aktionsbündnis der DfA steht ein Netzwerk aus katholischen und evangelikalen FundamentalistInnen, traditionalistischen CDU- und vor allem PolitikerInnen der »Alternative für Deutschland« (AfD). Zum engeren Kreis der OrganisatorInnen zählen die stellvertretende AfD-Vorsitzende und Europaabgeordnete der AfD Beatrix von Storch, aus deren Berliner Büro heraus über lange Zeit die Proteste organisiert wurden. Anmelderin der Wiesbadener Demonstration war Hedwig Freifrau von Beverfoerde, die im Dezember 2016 aus der CDU ausgetreten ist. Sie ist Vorsitzende des »Vereins Ehe-Familie-Leben e.V«., dem Trägerverein des Aktionsbündnisses der DfA, und gründete die »Initiative Familienschutz« unter dem Dach des Trägervereins »Zivile Koalition e.V.«, zu deren Gründungsmitgliedern Beatrix von Storch zählt.
Weitere UnterstützerInnen des Netzwerkes sind Beatrix von Storchs Ehemann Sven von Storch, der für die Website »www.abgeordneten-check.de« verantwortlich ist, mit der versucht wird, von rechts Druck auf ParlamentarierInnen aufzubauen; Birgit Kelle, antifeministische Journalistin und Autorin des Buches »GenderGaga« (s. drr Nr. 155) sowie die Autorin Gabriele Kuby, die unter anderem für das zur Neuen Rechten tendierende Online-Portal »kath.net«, den verschwörungstheoretischen »Kopp-Verlag« sowie für die rechts-libertäre Zeitschrift »eigentümlich frei« und die neu-rechte Wochenzeitung »Junge Freiheit« schrieb.

»Demo für Alle« – »Manif pour tous«

Der Name »Demo für Alle« ist von der ultrakonservativen Bewegung »Manif pour tous« übernommen, die in Frankreich im Jahr 2013 hunderttausende DemonstrantInnen gegen homosexuelle Ehen mobilisieren konnte. Die Bewegung wurde 2012 von der Unternehmensberaterin und christlich-fundamentalistischen Aktivistin Béatrice Bourges, der französischen Komikerin und Kolumnistin Frigide Barjot (bürgerlich: Virginie Tellene, geb. Merle) und Ludovine de La Rochère gegründet und hat seit April 2015 den Status einer Partei. Im März 2013 wurde Béatrice Bourges, die Vorsitzende der rechtsnationalen Organisation »Le Printemps Français« (»Französischer Frühling«), wegen ihrer Radikalität ausgeschlossen.
Im zeitlichen Zusammenhang mit den Demonstrationen im Jahr 2013 häuften sich gewalttätige Übergriffe auf Homosexuelle sowie Angriffe und Einschüchterungsversuche auf BefürworterInnen der gleichgeschlechtlichen Ehe. Anhänger von »Le Printemps Français« randalierten im Anschluss an die Demonstrationen und es wurde versucht, die Vereinsräume von Homosexuellenverbänden zu erstürmen. In Paris und Nizza wurden Homosexuelle tätlich angegriffen, im nordfranzösischen Lille attackierten extrem rechte Skinheads eine von Schwulen frequentierte Bar und der sozialdemokratische Parlamentspräsident Claude Bartolone erhielt in einem Brief scharfe Munition zugestellt. Im Umfeld der Demonstrationen bewegen sich auch neo-faschistische Gruppierungen wie der »Bloc identitaire«. Für den anstehenden Präsidentschaftswahlkampf ist geplant, die Proteste von 2013 wiederzubeleben. Gefordert wird die Abschaffung der Homo-Ehe.

»Besorgte Eltern«?

Gut organisierte Demonstrationen und Online-Auftritte, die vorgeben, im Namen religiös-konservativer Werte zu sprechen, sollen auch in Deutschland ein Bild ‹besorgter Eltern› und ‹ganz normaler Bürgerinnen und Bürger› vermitteln, die ihre Werte bedroht sehen und sich um ihren Erziehungsauftrag beraubt fühlen. Social-Media-Kampagnen, in denen sich die Netzwerke immer wieder gegenseitig bestätigen, verbreiten den Eindruck, es handele sich um eine große und stetig wachsende Anzahl von Menschen, die hinter diesen Forderungen stehen. Auf diese Weise wird versucht, Einfluss zu gewinnen, der in keinem Verhältnis zur wirklichen Größe der Gruppierungen und der realen gesellschaftlichen Verbreitung

ihrer Inhalte steht.
Ähnlich wie die AfD und PEGIDA nimmt auch die DfA für sich in Anspruch, sowohl die politische Mitte, als auch die Mehrheit der Gesellschaft zu vertreten. Die rechten Gruppierungen nutzen die Themen Sexualität, Gender und Geschlechtergerechtigkeit als Kristallisationspunkte, an denen sich gesellschaftliche und individuelle Empörung entzünden lässt. Angesprochen wird, wer um soziale Privilegien, Besitzstand und den Verlust der eigenen Identität fürchtet, wenn per Gesetzgebung gegen die Abwertung von Minderheiten angegangen wird. Die eigene Lebensform rückt dabei aus dem Mittelpunkt; ist nicht mehr normativ. So können Angst und Hetze auf emotionaler Ebene bis weit in die Mehrheitsgesellschaft hineinwirken. Ziel ist es, die liberale Gesellschaft zu verunsichern und Modernisierungsbewegungen zu verhindern.

Bürgerliche Fassade – rechte Sammlungsbewegung

Dem Eigenanspruch, dem Bild der bürgerlichen Mitte zu entsprechen, ist die DfA in Wiesbaden nachgekommen. Die Auftaktveranstaltung auf einem zentralen Platz in der Innenstadt konnte auf den ersten Blick als harmonische, bürgerliche Veranstaltung wahrgenommen werden. Auffallend waren kinderreiche Familien mit traditionell-christlichem aber auch völkischem Auftreten mit Zöpfen, Röcken, Kniestrümpfen und ärmellosen Hemden.
Unter den rund rund 1.000 TeilnehmerInnen befanden sich auch zahlreiche führende VertreterInnen der hessischen AfD sowie nahezu aller relevanten extrem rechten Gruppierungen Hessens. Während die anwesenden Landessprecher und Vorstandsmitglieder der AfD Hessen – Albrecht Glaser, Peter Münch und Andreas Lichert – ohne Parteisymbole teilnahmen, versammelten sich rund 25 Mitglieder und SympathisantInnen der NPD hinter einem Transparent, das bereits am 7. Oktober 2016 bei einem Neonazi-Aufmarsch im mittelhessischen Wetzlar eingesetzt wurde. Getragen wurde es von den in Hessen bekanntesten NPD-Vertretern Daniel Lachmann (Landesvorstand) und Stefan Jagsch (Vorsitzender Bezirksverband Wetterau-Kinzig). Der Landesvorsitzende der »Jungen Nationaldemokraten« in Hessen, Thassilo Hantusch, fungierte gar als Ordner auf der Veranstaltung der DfA. Mit jeweils rund zehn Personen waren zudem »Der III. Weg«, die »Identitäre Bewegung« und die »Junge Alternative« vertreten. Sichtbare Versuche, die organisierten extrem rechten Gruppen aus der Veranstaltung herauszuhalten, gab es keine.
Die Anwesenheit der organisierten Rechten war keine Überraschung. Bereits bei früheren Demonstrationen der DfA hatten immer wieder Neonazigruppen teilgenommen. Trotz gegenteiliger Bekundungen der OrganisatorInnen wurde den Neonazis nahezu unwidersprochen die Teilnahme gewährt.

Ideologische Schnittmengen

Dass sich bei der DfA Personengruppen und Parteien zusammenfinden, die sonst eher selten gemeinsam agieren, liegt – ähnlich wie es auch bei den Protesten gegen die Asyl- und Flüchtlingspolitik der Bundesregierung oder PEGIDA-Veranstaltungen zu beobachten ist – an ideologischen Schnittmengen der beteiligten Gruppierungen. Verbindendes Element ist hier die gemeinsame Ablehnung dessen, was als »Genderideologie« beschrieben wird. Die beteiligten Gruppierungen eint keineswegs nur die Ablehnung des Sexualkundelehrplans, sondern die Ablehnung jeglicher Form von liberaler Gleichstellungspolitik, der Vielfältigkeit von geschlechtlicher Orientierung und Identitäten sowie alternativer Familienmodelle. Grundlage dieser Ablehnung ist die Vorstellung von biologistisch determinierten Geschlechterrollen und die Forderung nach Erhalt des traditionellen Familienmodells — als Keimzelle der Nation und Garant gegen das »Aussterben(s) des deutschen Volkes«. Frauke Petrys (AfD) Postulat, wonach »die deutsche Politik (…) eine Eigenverantwortung« trage, »das Überleben des eigenen Volkes, der eigenen Nation sicherzustellen«, würde wohl der Großteil der Teilnehmenden ebenso unterschreiben, wie ihren Wunsch, dass eine »normale deutsche Familie« drei Kinder habe.

Die Antwort der Zivilgesellschaft

In Wiesbaden wurde unter dem Titel »Ihr seid nicht alle« ein Bündnis – bestehend aus fast 100 Gruppen – gegen die DfA gegründet. Darunter fanden sich sowohl Gruppierungen aus dem linken Spektrum und der Lesbian-, Gay-, Bisexual- und Transgender-Szene, ebenso wie die Aidshilfe, Gewerkschaften, »Pro Familia« und Parteiverbände von SPD, »Bündnis90/Die Grünen«, die »Piratenpartei« und »Die Linke«. Über den gesamten Tag fanden in der Stadt vielfältige Aktionen statt. Das gemeinsame Ziel war es, den öffentlichen Raum symbolisch zugunsten von »Akzeptanz und Vielfalt – gegen Diskriminierung und Ausgrenzung« zu besetzen und damit den Handlungsraum der DfA einzugrenzen. Dies wurde im Ergebnis erreicht: eine über mehrere Stunden andauernde bunte Demonstration von 3.000 Menschen, ein Bühnenprogramm mit Reden und solidarischen Musikdarbietungen prägten das Bild der Stadt. Die sich aus der Demonstration heraus spontan entwickelnde Blockade wurde von breiten TeilnehmerInnenkreisen mitgetragen und war dafür verantwortlich, dass die DfA nur knapp ein Drittel der geplanten Route laufen konnte.
Entwarnung kann aber noch nicht gegeben werden. Es erscheint aktuell möglich, dass Wiesbaden – ebenso wie zuvor Stuttgart – weitere Auftritte der DfA erleben wird. Denn wie »Aktion Kinder in Gefahr«, eine der Unterstützergruppen der DfA, schreibt: »Kultusminister Lorz (CDU) hat (…) erklärt, jeder Lehrplan baue auf seinen Vorgänger auf. »Was das für die ‹Lehrpläne zur Sexualerziehung› bedeutet, ist klar: Ist erstmal die Gender-Ideologie (in der Forderung nach Akzeptanz sexueller Vielfalt) enthalten, so kann man davon ausgehen, dass diese immer größere Bedeutung in künftigen Lehrplänen erhalten wird. (…) Die alarmierenden Aussagen von Ralph Alexander Lorz können deshalb nur eines bedeuten: Der Kampf gegen seinen Gender-Lehrplan muss weitergehen.«

»Make America Great Again«

Mit der Wahl von Donald J. Trump zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika geht ein deutlicher Rechtsruck innerhalb der staatlichen Institutionen einher. Die extreme Rechte ist durch seine Rechtsaußen-Kandidatur im Aufwind und sieht sich dazu ermuntert, offen als vermeintliche Vollstreckerin des Volkswillens aufzutreten.

von Carl Kinsky

»Get out! Leftist scum! Get out!«, rief Matthew Heimbach einer Schwarzen Protestierenden zu, während er sie mehrfach angriff und rassistisch und sexistisch beleidigte. Zusammen mit anderen Teilnehmenden einer Wahlkampfveranstaltung von Trump am 1. März 2016 in Louisville, Kentucky, war er sie angegangen, unter den zustimmenden Rufen von Trump selbst. Dabei trug er eine Mütze mit »Make America Great Again« - dem Wahlkampfslogan von Trump - und ein T-Shirt seiner Neonazi-Partei »Traditionalist Worker Party« (TWP). Danach attackierte er, gemeinsam mit anderen Neonazis, am Rande der Veranstaltung noch weitere GegendemonstrantInnen mit Schlägen und Tritten. Im Nachhinein schrieb er zu diesem Vorfall, dass »weiße Amerikaner langsam die Schnauze voll hätten und lernen würden, dass sie zurückstoßen müssten, um nicht selbst niedergestoßen zu werden«. Heimbach nutzte immer wieder Trumps Kampagne, um für die Anliegen »Faith, Family, Folk« (»Glaube, Familie, Volk«) seiner TWP zu werben. Am Rande der Republican National Convention (Versammlung der Republikanischen Partei, um ihren Präsidentschaftskandidaten zu bestimmen; vom 18. bis 21. Juli 2016) gab er ein Interview, wo er sich als Nationalsozialist ausgab und George Lincoln Rockwell, Gründer der ersten Neonazi-Partei der Nachkriegszeit, als aufrechten Kämpfer gegen das »judeo-kapitalistische System« lobte. An Trump kritisierte er, dass er kein Nationalist in seinem Sinne, also noch Teil des »Systems«, sei. Im Juni hatten AnhängerInnen der TWP mehrere AntifaschistInnen bei militanten Auseinandersetzungen bei einer Kundgebung am 26. Juni 2016 in Sacramento, Kalifornien, niedergestochen. Heimbachs Aktivitäten stehen sinnbildlich dafür, wie die extreme Rechte Trumps Kampagne zur nationalen Säuberung und Erneuerung für eigene Aktionen und Propaganda nutzt und Trump zugleich von deren Unterstützung profitiert. Gleichzeitig sollte nicht vergessen werden, dass Trumps politische Plattform von AkteurInnen an den Schnittstellen zwischen dem rechten Flügel der Republikaner und der extremen Rechten mitgeschaffen wurde (s. drr Nr. 161).

»America first!«

Im Windschatten von Trumps Kampagne bewegten sich von Anfang an »white supremacists« (»AnhängerInnen der weißen Vorherrschaft«). Prominenter Vertreter ist David Duke (s. drr Nr. 161), ehemaliger Anführer der »Knights of the Ku Klux Klan« (KKKK) und Abgeordneter der Republikaner im Bundesstaat Louisiana von 1989 bis 1992. Duke gilt als Begründer eines vermeintlich seriösen Auftretens von »white supremacists«, um in den politischen Mainstream hineinzuwirken. Zum ersten Mal seit seiner letzten erfolglosen Kandidatur für ein Amt in der Bundespolitik im Jahre 1999, trat er für einen der Sitze von Louisiana im US-Senat an. Bei einer Podiumsdiskussion der KandidatInnen an der historisch afroamerikanisch geprägten Dillard University in New Orleans am 2. November 2016, verwies er immer wieder auf Trumps Kampagne, um die Legitimität seiner Aussagen zu untermauern. In seinen Redebeiträgen betonte er immer wieder, dass »jüdische Mächte« die Medien, Wirtschaft und Politik kontrollierten, hinter »illegaler« Einwanderung und der »Black Lives Matter«-Bewegung (BLM) steckten, und insgesamt am Untergang der »Weißen« in den USA arbeiteten. Auf diese Weise stilisierte er die Präsidentschaftswahl zu einer vermeintlichen Schicksalswahl für die extreme Rechte. Auf Grund von Veränderungen in der Zusammensetzung der wahlberechtigten Bevölkerung wird konstatiert, dass man im »eigenen Land« überstimmt würde, und daher letztlich Trump die letzte Hoffnung für den »weißen Mann« sei, eine weiße Vorherrschaft wiederherzustellen. Er ordnete sich der »Republikanischen Partei« zu und erzielte drei Prozent der Stimmen.

Während Duke nicht in der Lage war, einen Wahlsieg zu erringen, konnte er mit regelmäßigen, an Trump gerichteten Blog- und Videobeiträgen die Reichweite seiner Hassbotschaften deutlich ausweiten und im Mainstream platzieren. Auch Jared Taylor, Herausgeber des Online-Magazins »American Renaissance«, (s. drr Nr. 161), konnte seine rassistischen Thesen im Dunstkreis der Kampagne von Trump platzieren. In einem seiner Videos bezeichnete er Trumps Wahlprogramm als nahezu perfekt auf »Weiße« zugeschnitten. Er interpretiert Trumps Kandidatur insgesamt als Beweis seiner eigenen rassistischen Weltanschauung, da er angeblich instinktiv im Interesse des imaginierten »Weißen Amerikaners« Politik mache. Auch Taylor beschrieb in einem Artikel Trump als »die letzte Hoffnung auf einen Präsidenten, der gut für Weiße wäre«. Auf diese Weise – nicht zuletzt, da sich Trump zunächst weigerte sich von Duke und dem »Ku Klux Klan« (KKK) insgesamt zu distanzieren – konnten Duke und Taylor Auftritte im Fernsehen und Radio ergattern, unter anderem bei Sendern wie CNN. Don Black, Betreiber von »stormfront«, einer der größten neonazistischen Internetseiten, rüstete sogar seine Server im Laufe der Präsidentschaftskandidatur Trumps auf Grund des massiv gestiegenen Datenverkehrs auf. Hatte die Seite 2008 zu Beginn der Präsidentschaft Obamas noch 133.000 Mitglieder, so lag diese Zahl im März 2015 bei knapp 300.000. Im Juli 2016 erreichte die Seite 313.000 Mitglieder, was nicht zuletzt daran lag, dass Trump wiederholt Posts von rassistischen Twitter-Accounts wie »@WhiteGenocideTM« über sein Twitter-Profil teilte. Das »Southern Poverty Law Centre« (SPLC) konnte zwischen 2009 und 2014 »stormfront«-NutzerInnen mit zahlreichen Morden in Verbindung bringen.

Eine der größten Zeitungen innerhalb des zersplitterten Spektrums des KKK, »The Crusader«, rief im November 2016 zur Wahl Trumps auf. In der Begründung heißt es dazu, seine »Make America Great Again«-Kampagne würde die Frage aufwerfen, was den USA früher zu dieser Größe verholfen hätte, und dass diese eben auf einem Selbstverständnis als »weiße christliche Republik« basiere. Mit Trumps Wahlsieg sehen sich »white supremacists« nicht nur bestätigt, sondern sehen einen wichtigen ideologischen Sieg. Im Forum von »stormfront« sprechen Neonazis daher schon davon, dass das »vierte Reich« ein »Anglo-Amerikanisches Amerika« sein wird und grüßen mit »Heil Trump«.

»White House«

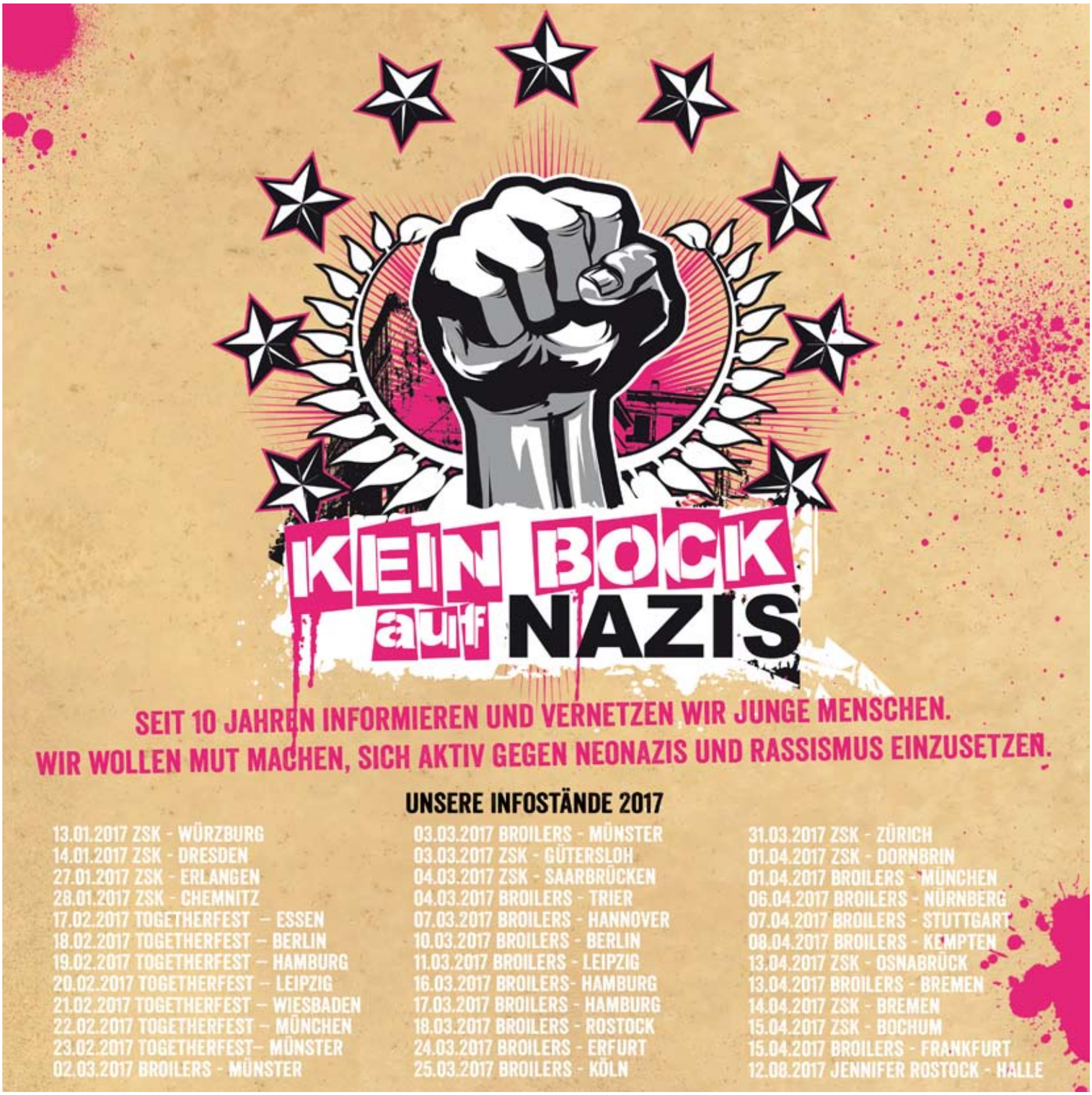
Die beflügelnde Wirkung von Trumps Kandidatur und Wahlsieg auf die extreme Rechte ist wenig überraschend, angesichts der bis in die extreme Rechte reichenden AkteurInnen seines Wahlkampfteams und seiner bisherigen Auswahl an Personen für bundespolitische Ämter. In seinem Wahlkampfteam vereinigte er alles, von auf antimuslimischen Rassismus fokussierten RassistInnen bis zu rechten MedienmacherInnen. Erwähnenswert ist hier vor allem die Berufung des ehemaligen Kopfs des wichtigsten rechten Medienkonglomerats »Fox News« (FN), Roger Ailes, zu einem Beraterposten im Sommer 2016. Ailes war im Juli gezwungen FN zu verlassen, nachdem gegen ihn zahlreiche Vorwürfe der sexuellen Belästigung während seiner gesamten Karriere bekannt wurden sowie ihm die Schaffung des sexistischen Klimas vor und hinter der Kamera des Senders zugerechnet wurde. Ailes selbst war eine zentrale Figur bei der Schaffung jener von rassistischen Ressentiments durchzogenen Medienkampagnen gegen die Regierung Obamas bei FN. Im Oktober zerstritt er sich mit Trump, doch zuvor war schon Stephen »Steve« Bannon zum CEO von Trumps Wahlkampfteam ernannt worden. Der ehemalige Banker Bannon ist durch seine Vorstandstätigkeit bei »Breitbart News« (BN), einer der zentralen extrem rechten Nachrichtenseiten des Landes, bekannt geworden. Mit dieser ist es ihm gelungen, Rassismus, Sexismus, Homophobie, Klassismus und Antisemitismus im medialen Mainstream verfügbar zu machen. Über sich selbst sagt Bannon: »Ich bin kein Weißer Nationalist, ich bin Nationalist. Ein ökonomischer Nationalist.« Am 13. November wurde Bannon zum Chefstrategen und obersten Berater des designierten Präsidenten Trump ernannt, die extreme Rechte verfügt jetzt über einen direkten Draht zur Regierung.

Mit Kellyanne Conway hat Trump am 1. Juli eine erfahrene Kampagnenmanagerin rechter Republikaner eingestellt, welcher die Rolle zukam, die vermeintlich sanftere und vernünftigere Seite von Trump in den Vordergrund medialer Diskurse zu stellen. Conway beriet auch schon den zukünftigen Vizepräsidenten, den »Tea Party«-Anhänger Mike Pence. Als ehemaliger Gouverneur von Indiana und evangelikaler Christ setzte er sich stark für das »Religious Freedom Restoration Act« (»Gesetz zur Wiederherstellung der Religionsfreiheit«) ein, welches im Juli 2015 in seinem Bundesstaat verabschiedet wurde und die Diskriminierung von nicht heterosexuellen Menschen aus religiöser Überzeugung heraus gesetzlich legitimiert. Zudem setzt er sich für eine möglichst geringe sexuelle Aufklärung an Schulen ein und ist Abtreibungsgegner, mit großer Erfahrung und hohem Einsatz in der rechtlichen Erschwerung des Zugangs zum Grundrecht auf Abtreibung. Mit Jeff Sessions ist ein weiterer rechter Hardliner der Republikanischen Partei zum zukünftigen Justizminister ernannt worden. Als Senator hat er im Jahr 2005 Anti-Folter-Gesetzen für die Bundesregierung nicht zugestimmt. Auf Grund von rassistischen Äußerungen war Sessions 1986 als höherer Richter im Bundesstaat Alabama abgelehnt worden. Mit Ben Carson – einem ehemaligen Mitbewerber Trumps bei der Präsidentschaftskanditatur und einzigem Afroamerikaner im »Transition Team« von Trump - ist ein weiterer Evangelikaler ernannt worden, nämlich zum »U.S. Secretary of Housing and Urban Development«, welcher unter anderem für sozialen Wohnungsbau verantwortlich ist. Carson ist Befürworter möglichst weniger sozialer Leistungen seitens der Bundesregierung. Der Law-and-Order-Republikaner und ehemalige Bürgermeister von New York, Rudy Giuliani, welcher sich während seiner Rede bei dem »Republican National Committee« in Rage schrie, um die Ehre der amerikanischen Polizei zu verteidigen, ist stellvertretender Leiter von Trumps Vorbereitungsteam zur Präsidentschaft, hat allerdings das Rennen um den Posten des Außenministers verloren. Die Liste rechter und extrem rechter AkteurInnen in der Bundesregierung wird stetig wachsen angesichts der Tatsache, dass Trump mehr als 4.000 Posten zu vergeben hat, von denen lediglich 1.200 vom Kongress bestätigt werden müssen. Daneben darf Trump auch die zukünftige RichterIn am Bundesverfassungsgericht vorschlagen, wobei die Rechtslastigkeit durch die Mehrheit der Republikaner im Kongress nahezu garantiert ist. Mit dem Kongress und Bundesverfassungsgericht hinter sich, steht eine enorme Gefährdung sozialer Grundrechte bevor.

»New Voices of Hate«

Die neueste Stimme der »white supremacy« ist die sogenannte »altright«. Die selbsternannte Bewegung benennt sich nach der Kurzform von »Alternative Right«, welche jedoch die gleiche rassistische und patriarchale Propaganda wie bisher mit neuen, jungen Gesichtern verkauft. Ihre AkteurInnen reichen von Neonazis über NeofaschistInnen bis Maskulinisten, welche das gemeinsame Ziel einer patriarchalen weißen Nation verfolgen. Kurz nach der Wahl, auf einer Konferenz des »National Policy Institute« (NPI) stellten sie ihre erste bundespolitische Forderung für die Präsidentschaft Trumps vor: 50 Jahre keine Einwanderung. Dies wäre die erste solche Gesetzgebung seit dem nativistischen »Immigration Act« von 1924.

Auf der Straße hingegen sind die Konsequenzen der rechten Hetze des republikanischen Wahlkampfs zu spüren. Sprühereien, Pöbeleien, Handgreiflichkeiten, Übergriffe; die Wahl Trumps wird – wenig überraschend – als demokratische Legitimierung für Angriffe auf diejenigen interpretiert, die für den Niedergang der USA verantwortlich gemacht werden. Der Höhenflug der extremen Rechten lässt ein Ende der Übergriffe als wenig wahrscheinlich erscheinen.



Recherche.
Analyse.
Perspektive.

das **magazin**
von und für
antifaschistInnen

Jahres-Abo gegen Rechts - www.der-rechte-rand.de